

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mart.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

35. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 4. Dezember 1897.

№ 139.

### Eine brennende Frage.

Jedem Zeitungsverleger ist das Herz im Leibe gehüpft vor Freude darüber, daß die Deutsche Buchdruckerzeitung des Herrn Blanke sich der Interessen des Gewerbes so warm angenommen hat. Die bezüglichen Ausführungen unter der Spitzmarke „Unfreiwillige Steuern“ zeugen zwar von einer großen Sachkenntnis des Verfassers und können so ziemlich alle unterschrieben werden, aber die Grenzen, wo die Schuld an den schlechten Zuständen bei den Behörden aufhört und bei dem Geschäftsmann anfängt, finde ich nicht immer zutreffend gezogen. Die Hauptschuld, warum den Herausgebern der Zeitungen von den Behörden Zumutungen gemacht werden, die von einer ganz bedenklichen Auffassung des Zweckes der Presse sprechen, liegt entschieden auf Seite der Herren Prinzipale, die, anstatt gemeinsame Interessen mit Würde zu verfolgen, einander anfeinden, heruntersetzen, mit brotneidischen Augen betrachten, einander zu schaden suchen, wo sie nur können und den Kundenramsch mit Hausiererfrechheit betreiben. Nur in jenen Städten, wo sich eine Schmutz- und Schleuderkonkurrenz, besonders in Gestalt von Aktienunternehmungen zu frommen oder guten Zwecken eingenistet hat, waagt es eine Behörde, die unentgeltliche Aufnahme dieser oder jener Bekanntmachung von einem Blatte zu verlangen, weil sie weiß, daß aus Renommierlust die gegenseitig sich überbietenden Blätter nach amtlichen „Nachrichten“ schnappen wie der Fisch im Wasser. Ich glaube nicht, daß es auch nur eine Behörde gibt, die sich unterstände, z. B. von der Frankfurter Zeitung die Aufnahme eines Inserates kostenlos zu verlangen. Warum nicht? Weil man Respekt vor diesem Blatte hat, das nirgendhin liebäugelt und um niemandes Gunst geht! Da gibt es keinen Staatsanwalt, der einen Steckbrief, keine Postdirektion, die den Verkauf eines ausstrangierten Omnibusse, kein Bezirkskommando, das die Rekrutierungstermine, kein Gestüt, das seine Trakehnerhengst-Auktion umsonst eingerückt haben möchte. Solche Kunden liegen ausschließlich der Provinzpresse im Nacken; denn nur da herrscht die Eifersüchtelei, die Kopfbuckigkeit, der Byzantinismus, die Selbstwegwerfung und die Unterminierung des eignen Bodens. Von der Provinzpresse wird wiederum den „Amtsblättern“ ganz besonders zugesetzt mit Aufträgen, die nichts einbringen. — Bevor sich also die Herren Verleger nicht zusammenschließen, bevor sie nicht in Verfolgung eines Zieles einen Weg gehen, bevor sie nicht neben- statt gegeneinander kämpfen zur Ausrottung dieses behörlischen Uebelstandes mit Wurzel und Stiel, so lange haben sie kein Recht zum Murren über eine Verdrückung, zu der sie selbst ins Joch gingen. Sie müssen ihren Blättern Respekt verschaffen und von ihnen nicht sagen lassen, sie seien froh, wenn sie nur von amtswegen etwas zu drucken bekommen, der Ehre, nicht des Verdienstes halber. Also, die bessernde Hand an sich selbst erst gelegt, dann an andere; nieder mit der schamlosen Schmutzkonkurrenz, hoch die ehrliche verdienstvolle Arbeit!

Fulda.

Hans Schoen.

### Das Ereignis im Dresdener Adreßbuche.

Die Buchdruckerei Arthur Schönfeld, in welcher das Adreßbuch gedruckt wird, war der Schauplatz einer Gehilfenbewegung, welche nicht unbesprochen bleiben darf. Die Regisseure derselben haben sich so grober und unverantwortlicher Verhältnisse hinsichtlich der Organisation und der Tarifinstitutionen schuldig gemacht, daß die Wiederholung derartiger Ereignisse in Zukunft unter allen Umständen vermieden werden muß, wenn die Gehilfenschaft im allgemeinen darunter nicht dauernd den schwersten Schaden erleiden soll. Wir wollen nicht untersuchen, ob den einen oder den andern die größere oder geringere Schuld an dem verurteilten Vorgehen trifft, aber von aller Schuld ist keiner der Beteiligten freizusprechen, weil jeder sich damit einverstanden erklärt hat, daß man in Organisationsangelegenheiten die Verbandsfunktionäre nicht zu befragen brauche.

Zur Sache selbst sei mitgeteilt, daß das Dresdener Adreßbuch nicht im Neusage hergestellt wird; das gesamte Werk befindet sich im stehenden Satz und wird alljährlich abgeändert. Anders war es bei dem früheren Drucker, welcher das Adreßbuch alljährlich neu setzen ließ, und zwar im Berechnen. Unter den jetzigen Umständen fehlen also nach dem Mitgeteilten für das Berechnen die Vorbedingungen. Es ist nun leider zu konstatieren, daß am hiesigen Ort im gewissen Grade das Minimum (24,70 Mk.) die vorherrschende Entlohnung bildet.

Gerechterweise sei hier konstatiert, daß der Gausvorstand Gelegenheit hatte, sich davon zu überzeugen, daß im Vorjahre die Firma Arthur Schönfeld sehr kulante Preise nach einem mit den betreffenden Gesellen vereinbarten Berechnungsmodus gezahlt hat. In einem Monat wurden an 40 Gesellen insgesamt 8635 Mk. an Löhnen ausgezahlt; dies ergibt pro Mann und Woche im Durchschnitt 54 Mk. Jeder hiesige Kollege hat auch hiervon Kenntnis, denn es ist genugsam und zu viel mit den hohen Löhnen bei A. Schönfeld renommirt worden. Um so auffälliger ist es, daß sich in diesem Jahr eine Anzahl hiesiger Kollegen fanden, welche die im vorigen Jahr erzielten hohen Löhne preisgaben und einen Vertrag unterzeichneten, durch welchen sie sich verpflichteten, das Adreßbuch zum Minimum (24,70 Mk.) fertigzustellen; dies kontrastiert um so mehr, als unter dem ausgenommenen Adreßbuchpersonal in der Hauptsache jenes Gehilfenelement vorherrscht, welches dem Unternehmertum gegenüber auf dem permanenten Kampfstandpunkte steht. Erwähntes Schriftstück, welches ohne Ausnahme unterzeichnet worden und für die betr. Unterzeichner kennzeichnend genug ist, sei hier im Wortlaut angeführt: Vertrag. Herr Friedrich Wilhelm Schulze, geboren den 31. Dezember 1869 in Altschüttel, tritt unter heutigem Tag als Schriftsetzer unter folgenden Bedingungen in die Buchdruckerei von Arthur Schönfeld ein: Wochenlohn: 24 Mart 70 Pf. Arbeitszeit: Nach § 8 der Arbeitsordnung. Kündigungsfrist: Zur Ausfülle. Besondere Bemerkungen: Nach Ablauf von vier Wochen, innerhalb welcher Zeit jedem Teile jederzeitige sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses zusteht, tritt die übliche vierzehntägige Kündigung ein. Am Tage der Fertigstellung des Satzes zum „Dresdener Adreßbuche“ tritt Herr Friedrich Wilhelm Schulze ohne vorhergegangene Kündigung wieder außer Arbeit und wird für die letzte angefangene Woche nur der sich ergebende Stundenlohn für die geleisteten Arbeitsstunden gezahlt. Dresden, den 14. November 1897. Name: Friedrich Wilhelm Schulze. Wohnung: Elbgäßchen 4.

In der zweiten Woche seiner Kondition kam das Personal zusammen und beschloß, beim Prinzipal ein gewisses Geld in Höhe von 30 Mk. zu fordern, war sich auch darüber einig, daß es nicht notwendig sei, dem Gausvorstande hiervon Mitteilung zu machen.

Am andern Abende nach dieser Versammlung (den 12. November) kam die Adreßbuch-Abteilung abermals zusammen, die Kommission erstattete Bericht; die Forderung war abgelehnt worden; aber der Prinzipal hatte erklärt, er wolle sich nicht für die paar Wochen mit den betreffenden Gehilfen veruneinigen, er

sei bereit, eine Prämie extra für jede abgeänderte Spalte zu zahlen. Die Prämie wurde von den betreffenden Gehilfen abgelehnt. Wichtig ist es hierbei, festzustellen, daß der Prinzipal bereit war, den Gehilfen entgegenzukommen. Hätte man jetzt, ehe man einen weitem Schritt that, die Intervention des Gausvorstandes nachgesucht, es wäre sicher ein Ausgleich geschaffen worden. Aber die Abstellung beschloß, nunmehr ihre Leistung der Minimum-Entlohnung anzupassen. Man beachte hierbei wieder, daß der Beschluß ein einseitiger sein mußte, da man es nicht mit Neusage, sondern mit Korrektur zu thun hatte. Es dürfte, so wurde beschlossen, kein Geselle mehr als 3 1/2 Spalten pro Tag ändern. Außerdem beachte man, daß erst unterm 6. November das Tarif-Amt bekannt gemacht hat, bei Tarifkonflikten solle man sich des Tarif-Amtes bezw. der Kreisvertreter oder der Schiedsgerichte bedienen. Außerdem wurde der Gausvorstand an erster Stelle umgangen. Die betreffenden Gehilfen ignorierten alles.

Am Sonntag, den 14. November, kommt die Abteilung wieder zusammen; man beschließt, keinen Namen mehr auf die Fahnen zu schreiben, was man bisher bereitwillig gethan hatte. Dies führte am Montag zu Reibereien mit dem Metteur und dem Faktor; am Abend desselben Tages beschließt man den passiven Widerstand, der am Dienstag mittag zur Entlassung der gesamten Abteilung (29 Mann) führte. (Siehe Kontrakt!) Hierbei war man so unklug, sich den Lohn nur bis zum Mittag auszahlen zu lassen; der Prinzipal hätte nach einem Beschlusse des Gewerbegerichtes unbedingt bis zum Abende bezahlen müssen. Man hatte es eben sehr eilig, diese „Bierwochen-Kondition“ zu verlassen und sich als „Gehilfenregelter“ anzumelden. Nun wußte man die Adresse des Gausvorstandes.

Der ganze Vorgang konnte selbstverständlich die Billigung des Gausvorstandes nicht finden. Wenn nun trotzdem derselbe die Sperre über das Adreßbuch aussprach, so wurde dies durch einen andern Umstand veranlaßt. Die Firma suchte in vielen hiesigen und auswärtigen Zeitungen 20 Gesellen (N.-B.) zum Lohne von 24 Mart 50 Pf. Wir mußten die Sperre verhängen, weil erstens die Verbandsmitglieder vom Adreßbuch ausgesperrt werden sollten und weil der Lohn 20 Pf. unter dem Minimum betrug. Nachdem aber die Firma uns den Nachweis lieferte, daß der geringere Lohn auf einen Druckfehler der betreffenden Annoncen-Expedition zurückzuführen war und daß sie bereits wieder mehrere Verbandsmitglieder zum tarifmäßigen Minimum engagiert hatte, lag für uns keine Veranlassung vor, die Sperre länger aufrecht zu erhalten.

Selbstverständlich hat der Gausvorstand es nicht unversucht gelassen, zu gunsten der Gehilfen zu vermitteln. Aber der Prinzipal mußte zu seinem Bedauern erklären, daß es ihm unmöglich sei, entgegenzukommen; da die Innung die Sache zu der ihrigen gemacht habe, seien ihm die Hände gebunden. Es sei keine Lohnfrage mehr, sondern eine Prinzipfrage. Seitens der Innung sind sofort zwei Fragen dem Tarif-Amt zur Entscheidung vorgelegt worden, erstens darüber, ob der Gehilfe das Recht hat, sich der Kontrolle über seine geleistete Arbeit zu entziehen; zweitens, ob die Innung im Recht ist, wenn sie diejenigen Gehilfen, welche eine tarifmäßig bezahlte Kondition preisgeben, vom Innungs-Arbeitsnachweis ausschließt. Die erste Frage ist dahingehend entschieden worden, daß die Gehilfen verpflichtet waren, diesem Verlangen zu entsprechen, da es jedem Prinzipal unbenommen bleiben muß, sich durch diese Kontrolle auch von der Qualität der Gesellen zu überzeugen. Von dem Entschluß über die zweite Frage haben wir noch keine Kenntnis. Hieraus ergibt sich das Schicksal eines solchen Vorgehens; das, was die Kollegen durch eine solche Handlungsweise verschulden, hat die Allgemeinheit zu büßen; die Gehilfen Dresdens dürfen sich nicht wundern, wenn nunmehr die Kontrolle eine verschärfte wird. Dieses eigenmächtige und rückwärtslose Vorgehen entspricht zu sehr dem Rezept eines Auch-Gewerkschaftsorgans, als daß man es unterlassen sollte, darauf hinzuweisen. Da wird empfohlen, sich nicht um die Sagen des Tarifs zu kümmern und die Verbandsfunktionäre zu ignorieren, sobald man die Situation für geeignet halte. Und was wurde erreicht? Die

Bläse sind trotz untrer Sperre schon nach einigen Tagen wieder besetzt worden. Ein Kollege schrieb uns:

„Seit 19 Wochen bin ich konditionslos und es wäre mir sehr angenehm, wenn ich bald einmal arbeiten könnte. Meiner Ansicht nach könnte mir nichts in den Weg gelegt werden, da mir tarifmäßige Bezahlung und auch tarifmäßige Arbeitszeit schriftlich zugesichert worden ist.“ Das kennzeichnet die Sachlage, die nicht durch Handballer weder in der Druckerei noch in der Versammlung geändert wird. Man bekommt aber den Eindruck, daß nach einem gewissen Reize „gearbeitet“ wurde, um dem Verband und der verhassten Tarifgemeinschaft ein wenig auszuweichen zu können. Und für diese Heidenheit möchte man trotz des Kontrastes noch als „Gemeinregelter“ die Mürtzrektion aufgesetzt bekommen.

Wir haben den Vorgang eingehend behandeln müssen, weil er eine weitgehende Beachtung der Prinzipale gefunden hat. Will die Gehilfenschaft nicht dauernd Schaden erleiden, so müssen derartige Vorkommnisse vermieden und ihnen aus schärfste entgegengetreten werden. Wir bedauern, wenn die Kollegen ihre Arbeitskraft zu billig verkaufen; sind sie aber ein bindendes Verhältnis mit dem einzelnen Prinzipal eingegangen, so kann ihnen bei einer gewaltsamen Durchbrechung desselben nicht der besondere Schutz der Organisation zu teil werden. Pflicht eines organisierten Gehilfen ist es aber, schon vor Beginn einer Aktion sich der Zustimmung der Verbandsfunktionäre zu versichern. S. Steinbrück.

## Korrespondenzen.

**Altenburg.** In der am 20. November abgehaltenen Versammlung des Klubs Altenburger Maschinenmeister hielt der Vorsitzende einen Vortrag über Herstellung, Schnitt und Verwendung von Lendruckplatten. Nachdem durch Beweise festgelegt, welche von den verschiedenen in Anwendung gebrachten Materialien wohl die besten seien, wurden deren Eigenschaften beim Schnitt und Druck einer Kritik unterzogen; aus der lebhaftesten Debatte ging hervor, daß sich die Mitglieder für solche Fragen sehr interessieren, auch wurde erwähnt, daß das Schneiden von Lendruckplatten Sache des Maschinenmeisters sein müsse und nicht, wie vielfach üblich, vom Seper auszuführen sei. Zum Schluß wurden noch einige Platten und Abzüge vorgezeigt, welche von gemusterten Papieren erzeugt, sich sehr gut zu Lendruckplatten verwenden lassen, zumal auch die Herstellung wenig Zeit in Anspruch nimmt. Auch dieser Punkt wurde mit Interesse aufgenommen und wir hatten einen der Allgemeinheit zu gute kommenden und geistig anregenden Abend hinter uns.

**W. Arnberg.** Am Sonntag, den 14. November, fand hierelbst im Hotel-Restaurant Köhler die letzte diesjährige Bezirksversammlung des Bezirkes Hagen statt. Die Versammlung war nicht so zahlreich besucht als die vorhergehende in Witten. Es waren 38 Kollegen anwesend und zwar aus Arnberg 7, Brilon 2, Hagen 7, Iserlohn 10, Weische 1, Witten 3, 1 Gast aus Essen und 1 aus Düsseldorf, 1 Durchreisender und 5 Nichtmitglieder. Nachdem der Bezirksvorsitzende Dellner die Versammlung eröffnet hatte, begrüßte der Vorsitzende des Ortsvereins Arnberg die Erschienenen, hieß dieselben willkommen und sprach noch über verschiedene Mißstände in Arnberg, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde. Nachdem der Berichterstatter für den Corr. gewählt und verschiedene kleine Mitteilungen erledigt waren, erstattete der Kassierer den Kassierbericht pro drittes Quartal und wurde denselben, nachdem auf die vielen Restanten und das Restantenwesen besonders aufmerksam gemacht worden war, Entlastung erteilt. Durch viele Reste zeichnete sich besonders Iserlohn aus, doch wurde seitens mehrerer Iserlohner Kollegen, welche hiergegen Bewahrung einlegten, dem Vertrauensmann am dortigen Bläse die Schuld zugeschoben und ihm zu „wenig Interesse“ zum Vorwurfe gemacht. Es wurde hierauf durch den Vorsitzenden mitgeteilt, daß alle Reste bis zum Schluß dieses Jahres erledigt sein müßten, andernfalls nach dem Statut vorgegangen werde. Die Handhabung der Ordnung in der Versammlung fand nach dem § 15 des Saurelements statt. Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Vorstandswahl, wurde der bisherige Vorsitzende Dellner mit 17 Stimmen wiedergewählt. Es folgte nun eine längere Diskussion über die Vorstandswahl und wurde laut einem eingehenden Antrage beschlossen, daß die Mitgliedschaft Hagen in ihrer nächsten Versammlung den übrigen Vorstand zu wählen habe. In der Witterner Versammlung war ein Antrag angenommen worden, der Bezirksvorstand solle, mit Ausnahme des Kassierers, in der letzten Jahresbezirksversammlung gewählt werden. Es wurde jedoch heute klargestellt, daß solches nicht angängig, da immerhin nicht ausgeschlossen sei, daß der in der Bezirksversammlung vorgeschlagene Vorstand in der Ortsversammlung Hagen nicht gewählt werde. Hiermit war dieser Punkt erledigt. Seitens der Iserlohner Kollegen wurde nun ein Antrag eingebracht, den Punkt 5 der Tagesordnung: Vortrag des Gauvorsitzers Müller-Essen über den Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Gewerbe nach Punkt 6 zu verhandeln, welcher lautet: Antrag Iserlohn: „Stellungnahme zu der vom Zentralvorstande veranlaßten Urabstimmung und zur neugegründeten Buchdrucker-Gewerkschaft. Referent: Dobbertiger-Iserlohn.“ Dieser Antrag rief eine lebhafteste Debatte hervor, an der sich hervorragend die Iserlohner Kollegen

beteiligten und den die Versammlung überwachenden Beamten wiederholt veranlaßten, darauf hinzuweisen, daß, wenn nicht mehr Ruhe und Ordnung gehalten würde, er sich gezwungen sehe, die Versammlung zu schließen. Da jedoch alles Zureden seitens des Vorsitzenden, sachlich und ruhig zu verhandeln, nichts nützte und auch eine Abstimmung über den eingebrachten Antrag nicht den erwünschten Erfolg für Iserlohn brachte, wurde die Versammlung unter fürchterlichem Lärm durch den Beamten geschlossen. Es war eine stürmische Versammlung, wie sie wohl selten abgehalten wird. Ob dieselbe auf die anwesenden Nichtmitglieder günstig gewirkt hat, mag dahingestellt sein. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der dem Vorstande gemachte Vorwurf, er habe den Gauvorsitzer Müller nur darum herüberkommen lassen und den Punkt 5 vor 6 gesetzt, um der Iserlohner Mitgliedschaft das Wort abzuschnelden, ganz entschieden zurückgewiesen werden muß, da die Mitgliedschaft Arnberg den Bezirksvorstand besonders gebeten hatte, einen Vertreter des Gauvorsitzenden zu dieser Versammlung zu erteilen. Nachdem noch ein Hoch auf den Verband ausgebracht, verließen die Teilnehmer unter dem überwachenden Auge des anwesenden Beamten das Lokal, um sich in das Vereinslokal des Arnberger Ortsvereins zu begeben und dort nach so stürmischen Debatten bei einem Glase Bier und Klavierkonzerten sich eines gemüthlichen kollegialischen Zusammenseins zu erfreuen.

**Bayern.** (Gauvorstandsbericht.) Im dritten Quartal 1897 wurden 7 Sitzungen abgehalten, in welchen 57 Aufnahmegehende aus 15 Orten genehmigt wurden. 13 Mitglieder mußten wegen Restierens, 2 Mitglieder wegen tarifwidrigen Verhaltens ausgeschlossen werden. Unzulänglichen-Entschädigungen wurden an 2 Mitglieder bewilligt, die Unterstützung nach § 2 1 Mitglied zugesprochen. Auf den Invalidenstand wurde der 72jährige Seper Leonhard Pfeiffer in Korbdingen übernommen (Pfeiffer war Mitglied seit 1866). Wegen Liebertretung der Krankenkontrollvorschriften wurden 8 Mitglieder mit Entzug von 1 bis 7 Tagen Krankengeld bestraft; in einem Falle wurde vollständiger Entzug des Krankengeldes ausgesprochen. Der Geschäftsverkehr weist 644 ein- und 574 abgegangene Postsendungen auf. Bewegungsskizze: Mitgliederstand Ende des zweiten Quartals 1949; neu eingetretene 44, wieder eingetretene 13, zugereist 146, vom Militär 17; abgereist 113, zum Militär 2, ausgetreten 5, ausgeschlossen 15, inaktiv 3, gestorben 7. Mitgliederstand Ende des dritten Quartals 2024. Arbeitslos waren 227 Mitglieder 5800 Tage, krank waren 284 Mitglieder 6655 Tage. — **Kassenbericht.** a) Verbandskasse: Es freierten 2169 Mitglieder in 76 Orten 23613 Wochenbeiträge à 1,10 M. und 13 Beiträge à 50 Pf. = 25980,80 M., Eintrittsgebühren von 32 Mitgliedern à 1 M. und von 15 Mitgliedern à 2 M. = 62 M., Ordnungsstrafen von 9 Mitgliedern 36,40 M., zurückgezahlte Unterstützungen von 5 Mitgliedern 32,50 M., Gesamtannahme somit 26111,70 M. Herausgab wurden für Arbeitslosenunterstützung an 115 Mitglieder 2699 M., Reiseunterstützung an 1196 Mitglieder 9391 Tage 8707,05 M., sonstige Unterstützung (§ 2 und Unzulänglichkeiten) 102 M., Krankengeld und Verpflegungskosten im Krankenhaus an 293 Mitglieder für 6240 Tage 8841,50 M., Invalidenunterstützung an 9 Mitglieder 684 M., Begräbniskostenbeiträge für 7 Mitglieder 650 M., rückgezahlte Beiträge 4,40 M., für Verwaltungskosten der Kassa überwiegen 522,20 M.; die Gesamtausgaben bezifferten sich auf 22210,15 M., so daß als Ueberschuß 3901,55 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden konnten. b) Kassa: An Einnahmen sind zu verzeichnen 23626 Wochenbeiträge à 10 Pf. = 2362,60 M., Verwaltungskostenzuschuß von der Verbandskasse 522,20 M., für Abfertigung von 448 Reisenden bei der Poststelle München 44,60 M., an Zinsen u. s. w. 324,35 M., somit Gesamtannahmen (einschließlich des Vermögensbestandes vom 1. Juni mit 23268,85 M.) 26522,40 M. Ausgegeben wurden für Zuschuß zur Arbeitslosen-Unterstützung an 101 Mitglieder in 9 Orten 2441 Tage à 50 Pf. = 1220,50 M., Geschenk an die streifenden Maschinenbauer in England 500 M., für Verwaltungskosten der Mitgliedschaften (10 Proz. der Einnahmen zur Kassa) 225,37 M., Remunerationen 593 M., Abonnement 10,40 M., Portokosten 47,68 M., Druckkosten 14 M., Agitationskosten 78,10 M., diverse sonstige Ausgaben 28,10 M., Gesamtausgaben somit 2717,15 M., verbleibt als Vermögensbestand am 30. September 23805,25 M. — c) Bayerische Invalidenkasse i. S.: Vermögensbestand am 1. Juni 124970,26 M., an Zinsen 1137,50 M., zusammen 126107,76 M. Unterstützungen an 12 Invaliden in 7 Orten 1104 M., verbleibt Vermögensbestand am 30. September 125003,76 M. — Die Gesamtsumme für Unterstützungsweide im Gau Bayern beträgt im dritten Quartale 24508,05 M. — Bücher- und Kassenrevisionen wurden am 12. und 14. November, ferner ein unvermuttert Kassatur am 2. November vorgenommen und von den Revisoren Köbner, Köbel und Zimmermann sowie dem geschäftlich verpflichteten Buchtreiber Kuler in Gegenwart des Gauvorsitzenden Säch aller in Richtigkeit befunden.

**B. Berlin.** (Berereinsammlungen vom 24. November.) Unter Vereinsmitteilungen gab der Vorsitzende Kenntnis von Vorkommnissen aus einigen Druckereien. In der des öfters hier schon angeführten Druckerei der Steglitzer Zeitung (Witten & Co.) haben die dort bestehenden Mißstände insoweit eine Besserung erfahren, als es dem

Personale gelungen ist, den bekannten Faktor Sperber von seinem Posten zu entfernen. Dieser Herr „Faktor“ war stets nur auf seinen Vorteil bedacht und deshalb für die Kollegen ein dauerndes Hindernis, tarifliche Zustände zu erlangen. Eine unlängst stattgefundene Druckereiverammlung lasse hoffen, daß die noch vorhandenen tariflichen Differenzen nunmehr auch in Bälde eine Regelung zu gunsten der Gehilfen erfahren dürften. — In der Arthur Scholemschen Dfizin waren die Kollegen fortgesetzten Drangsalierungen seitens des Prinzipals und Faktors ausgelegt. Das Verbot des Eintreffens der Vereinsbeiträge wie des Lesens des Corr. und fortgesetzte Tarifwidrigkeiten im Maschinenfaale veranlaßten das Personal, Herrn Arthur Scholem ein ganz energisches „Galt“ entgegenzusetzen, was denn auch dazu führte, daß die Verbote zurückgezogen und die tarifwidrigen Verhältnisse im Maschinenfaale geregelt wurden. — Eine für die Organisation erfreuliche Regelung findet die Angelegenheit der Typograph-Gezelschaft. In einer zweifundigsten Unterredung des Kollegen Massini mit dem Herrn Direktor der Gesellschaft machte derselbe die Zusage, die damals ausständig gewordenen Maschinenfeger zu ihren alten Lohnbedingungen wieder einzustellen. Weiter zeitigte die Aussprache das Resultat, daß bei Ausgabe der neu konstruierten Sechsmaschine im März 1898 auf Grund der damit gewonnenen Erfahrungen unter Zugiehung der Organisation ein Lohnstaris aufgestellt werden soll. Unter Hinzuziehung des Verbandsvorsitzenden Döblin findet demnächst eine nochmalige Unterredung mit dem Herrn Direktor statt. — Sodann machte der Vorsitzende Mitteilung von der Gründung eines allgemeinen Gewerkschaftsbundes mit Herberge. Die Delegierten der Gewerkschaftskommission haben sich mit dieser Angelegenheit schon wiederholt beschäftigt und sollen nunmehr die einzelnen Gewerkschaften hierzu Stellung nehmen. In einer der nächsten Vereinsversammlungen wird sich der Verein mit dieser Sache zu beschäftigen haben. — Herr Dittmann machte die Mitteilung, daß bei der Firma Schulz Verbandsmitglieder zu unartfälligen Bedingungen arbeiten. Der Vorsitzende erklärte diese Mitteilung, welche auch in dem Organe der Guttenbergblätter zu lesen ist, nach den von ihm eingezogenen Erkundigungen als Schwindel. (Es war nicht sehr zu stellen, ob Herr Dittmann, bekannt als notorischer Verleumder und Ehrabschneider, diese Mitteilung dem Typ. eingebläut oder ob er seine Duellie aus dem Typ. geschöpft hat. D. Schr.) Als Verwalter bezw. Hilfsverwalter wurden die Kollegen Stille und Bested wiedergewählt. Während der nun folgenden Ausstellung von Kandidaten für den Gauvorstand spielten sich Szenen aus dem österreichischen Parlament ab. Gleich zu Anfang der Versammlung pöbelte Herr Teufert den Schriftführer in der unter seinen Gesinnungsgenossen genohnten Weise an. Kollege Blumenthal sprach Herrn Teufert das Recht ab, über die Berichte im Corr. ein Urteil zu fällen, so lange er mit Herrn Gajch und der neuen „Organisation“ sympathisiert. Herr Krendsee, von seinen Freunden als Kandidat für den Gauvorsitzer empfohlen, tritt in warmer Weise für seine Person ein und glaubt Kollegen Massini, der das Vertrauen der großen Mehrheit der Berliner Kollegen in hervorragender Weise genießt und auch in den übrigen deutschen Gauen geschätzt ist, einen Gesinnungswechsel vormerken zu können. Kollege Massini hält eine Beteiligung seiner Person für nicht notwendig. Er habe als Arbeiter seine Gesinnung noch nie gewechselt, werde aber, falls es notwendig erscheint, seine Taktik ändern. Er weist darauf hin, daß die bekannten Führer der Sozialdemokratie Auer, Bebel und Liebknecht des öfters erklärt haben, ihre Taktik, wenn es notwendig erscheint, 60 Mal an einem Tage zu ändern. Herr Krendsee erklärt, daß er sich darum wenig kümmere, was Auer, Bebel und Liebknecht thun; er habe seine eigne Meinung und wandle seinen eignen Weg. Die sich weiterhin noch abgespielten ekelstregenden Szenen sollen den Lesern des Corr. einstweilen vorenthalten bleiben. Die zahlreich besuchte Versammlung wurde auf eine harte Probe gestellt. Als schließlich die Herren Richard Schröder, Dittmann und Hirschberger den Verein als „Verein der Berliner Buchdrucker und Spizel“, die Mitglieder als Denunzianten und Polizeispizel bezeichneten, wurden laute Pfuirufe laut und der sofortige Ausschluß der beiden Herren verlangt. Nach einer Pause von fünf Minuten machte der Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag, von einem sofortigen Ausschluß abzusehen. Es soll den betreffenden Herren Gelegenheit gegeben werden, sich die Sache zu überlegen. In der nächsten Vorstandssitzung sollen die Herren ihre Behauptungen beweisen oder die schweren Beleidigungen gegen die Organisation und deren Mitglieder zurücknehmen. Mit diesem Vorschlag erklärte sich die Versammlung einverstanden. Die Ausstellung von Kandidaten für den Gauvorstand hatte folgendes Resultat: Albert Massini, erster, Albert Bachs, zweiter Vorsitzender; Wolf Blumenthal und Wilhelm Senftleben, Schriftführer; als Beisitzer: die Seper Albert Faber, Paul Jandt, Paul Schulz, die Drucker Karl Käppl, Oskar Thiele, Sieger Adolf Rühle und Stereotypen Wilhelm Arndt. — In die Wahlkommission wurden die Kollegen Josef Latsch, Emil Kämmerer, Hermann Bedert, Paul Rönisch, Fr. Streckert gewählt. Die Wahl findet Sonntag den 5. Dezember, von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr im



kein einziger Fahrensfüchtiger zu verzeichnen sei. Aus der weitem Debatte ging hervor, daß sich der Gutenberg-Bund hier selbst wie auch in der Provinz recht breit mache, ein Zeichen, daß ein festes, einiges Zusammenarbeiten im Interesse unsers Verbandes nötig sei, um nicht gemeinam (Tarifgemeinschafts-freunde wie -gegner) unter Willen für unsere Feinde zu arbeiten. — Das Gesuch, betr. Beschäftigung für eine arbeitslose Segmaschine in Wengers Verlag hier selbst, auf welches der Herr in Nr. 25 unter Rundschau hinwies, stellt sich als eine Whittifikation heraus. (Das betr. Inserat war in Nr. 19 des „Generalanzeigers für den Deutsch-Amerikanischen Buch-, Musikalien- und Instrumentenhandel“, Wengers Verlag in München, Müllerstraße 4, 1, enthalten. Das betreffende Blatt wird in Konstanz gedruckt. D. Red.) — Die übrigen verhandelten Sachen sind mehr interner Natur, nur über den Prinzipalarbeitsnachweis und die vielfache Ignorierung des Gehilfenarbeitsnachweises seitens der Herren Prinzipale werden wir demnächst zu berichten haben.

**München.** In diesem Gewerkschaftskreis kursiert bereits seit längerer Zeit das Gerücht von der beabsichtigten Gründung eines Arbeitersekretariats. Wer den Anstoß zur Etablierung einer derartigen Institution gegeben hat, entzieht sich der genauen Kenntnis; wir werden aber nicht zögern, wenn wir annehmen, daß er vom Sekretariat in Nürnberg ausgegangen ist. Die Vorarbeiten werden bald erledigt sein und wir haben nun weiter nichts zu thun, als den Zeitpunkt abzuwarten, in welchem das Kind das Licht der Welt erblickt. Wir organisierten Buchdrucker in München hätten nun gegen die beabsichtigte Errichtung eines Sekretariats sichtlich nichts einzuwenden, die Zukunft wird es ja lehren, ob die Gewerkschaften zu großen Hoffnungen berechtigt waren. Nur dagegen müssen wir denn doch etwas energisch Front machen, daß wir als stärkste Gewerkschaft am Orte nicht einmal zu den Vorarbeiten herangezogen worden sind. Unser Ortsvorsitzender mußte in der Sitzung, in welcher die Kommission für die Vorarbeiten gewählt wurde, dem Gastwirte Herrn Birk weichen. Wir können an diesem einen Umstand schon ersehen, wie hoch wir von den übrigen Gewerkschaften eingeschätzt werden und neben der üblich gewordenen Verlästerung, welche uns zu teil wird, hätten wir noch das Bergnügen und die „hohe Ehre“, pro Jahr 1100 Mark zu den Kosten des Sekretariats beizutragen. Ein herrliches Gefühl! Wenn wir uns einmal genauer den Ausschnitt ansehen, den das Sekretariat für uns Buchdrucker haben könnte, so werden wir finden, daß dieser gleich Null ist. Unsere Lohn- und sonstigen Streitigkeiten regeln wir durch unsere Tarifinstitutionen, Rechtschutz in tariflichen Klagen garantiert uns die Organisation. Sollte uns Buchdrucker eine der Städte der Organisation und dem Jahresbeitrag von 1100 Mk. angemessene Vertretung oder ein Mitbestimmungsrecht zum Sekretariat nicht eingeräumt werden, so dürften wir weise handeln, wenn wir unsere Moneten im Sack behielten. Nehmen wir einen Teil des Jahresbeitrages zum Sekretariat und verpflichten einen tüchtigen Rechtsanwalt durch eine für jede Konsultation zu zahlende Kausale unseren Mitgliedern in München Rechtschutz für alle Fälle im menschlichen Leben zu leisten, so dürften wir unseren Mitgliedern einen größeren Dienst erweisen als durch die Vergabe der 1100 Mk., für welche wir ja doch niemals Anerkennung ernten werden! -y.

**Sollingen.** In der am 21. November abgehaltenen Monatsversammlung wurde zunächst eine Neuaufnahme erledigt. Im weitem erstattete Kollege Dietrich einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des hiesigen Gewerkschaftskartells. Im Anschluß hieran kam Redner auf den Streit der englischen Maschinenbauer zu sprechen und beantragte, zur materiellen Unterstützung derselben eine Extrastener im Betrage von 30 Pf. pro Mitglied und Woche bis auf weiteres zu erheben. Der Antrag gelangte einstimmig zur Annahme. Des weitern wurden noch verschiedene interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

**Ch. S. Billingen (Schwarzwalde).** Am Sonntag, den 14. November, fand in Donaueschingen eine Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, wozu sich eine stattliche Anzahl Kollegen des obern Schwarzwaldes und zwar aus Triberg, Billingen, Furtwangen sowie betnahe sämtliche Kollegen aus Donaueschingen eingefunden hatten. Kollege Karl Camerdingen-Triberg entrollte in klaren und eindringlichen Worten ein Bild der heutigen Lage im Buchdruckergewerbe, mit besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse im Schwarzwalde, die nichts weniger als rosig zu nennen seien. In seinen weiteren Ausführungen begründete der Referent die Notwendigkeit einer Organisation, da ohne eine solche im Schwarzwalde niemals bessere Verhältnisse errungen werden könnten. Er forderte die anwesenden Nichtmitglieder auf, in unsere Reihen einzutreten und unseren Bestrebungen zur Unterstützung zu verhelfen. Nachdem noch die Billinger Kollegen Drazal und Schaeffer die Ausführungen des Referenten unterstützten und letzterer noch ganz besonders die Donaueschinger Kollegen zum Eintritt in den Verband aufgefordert hatte, meldeten sich zwei Kollegen aus Billingen zum Eintritt in denselben und verschiedene andere stellten ihren Eintritt in allerhöchster Zeit in Aussicht. — Gelang es trotz der gemachten Anstrengungen noch nicht, in Donaueschinger Mitglieder zu gewinnen, so wurde doch in den Gedankengang der Kollegen dieses Ortes eine Wrethe gelegt, die eine Erreichung dieses Zieles

half ermöglichen wird. — Im Laufe der weitem Diskussion wurde beschlossen, ein Zirkular an sämtliche Prinzipale des obern Schwarzwaldes zu senden, in welchem derselben die Einführung des 1896er Tarifs nahegelegt werden soll, was denselben bei der äußerst günstigen Beschäftigung in diesem Bezirke sehr leicht möglich wäre, da dieselben noch lange nicht mit einer solchen Schmutzlohnkurven zu rechnen haben, wie dies in anderen Landesteilen der Fall ist. Auch wurde mit Bedauern die Thatsache konstatiert, daß von einer Beachtung der bundesrätlichen Sanitätsvorschriften seitens der Prinzipale im ganzen Bezirke nichts Günstiges berichtet werden könne. In dieser Hinsicht wurde ebenfalls beschlossen, nach Kräften Abhilfe herbeizuführen. Nachdem noch die Verhältnisse der einzelnen Druckorte erörtert waren, belanden leider ein sehr trauriges Bild herauskam, wurde beschlossen, für die Zukunft besser zusammen zu halten, um endlich einmal auch hier oben Zustände herbeizuführen, die eines Buchdruckers würdig sind. Mit der festen Zuversicht, daß bei einmütiger Befolgung und geeignetem Nachdruck die Ausführung der gefassten Beschlüsse der Erfolg nicht ausbleiben werde, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Verband geschlossen.

## Rundschau.

Hauptbetriebe der polygraphischen Gewerbe in Berlin wurden im Jahr 1882 972 gezählt, welche Zahl im Jahr 1895 auf 1312 stieg. Die Zahl der beschäftigten Personen stieg von 9255 auf 15394. Unter die vorgenannte Rubrik zählen Schriftsetzer, Schriftsetzer, Holzschnitzer, Buch-, Stein-, Zink-, Kupfer-, Stahl- und Farbendruckerei und photographische Anstalten. Die in Berlin erscheinende Zeitung der früheren Firma Haackel, Schmitz & Co., der Berliner Herald, ging in den Besitz der Verlagsgesellschaft der National-Zeitung über.

Der gemahlte Pastor H. Käppler übernahm die Redaktion der in Bernburg erscheinenden Mitteldeutschen Morgen-Zeitung.

Durch eine vorübergehende Zahlungsstockung, welche eingetreten ist, die Firma The Berner Company in Akron, Ohio, neuerdings genannt worden. Es ist dies ein Großbetrieb, der als Druck- und Verlagsgesellschaft einer der größten der Welt ist. Die Gesellschaft arbeitet (nach der Papier-Zeitung) mit einem Kapitale von 3500000 Doll., wovon 1200000 Doll. im Besitze des Gründers und Leiters P. E. Werner sind. Die Verlagswerte der Gesellschaft sind in den verschiedensten Sprachen in ganz Europa verbreitet, so z. B. das Übersetzungswort „Im Jura durch die Welt“. Ein Zweiggeschäft in Berlin gab ferner u. a. im vorigen Jahr ein Prachtwerk über die Berliner Gewerbestellung heraus. In Akron sind 1200 Arbeiter beschäftigt und täglich werden 30 bis 40 Tonnen Druckwerte verandt.

Wie die Pressefreiheit in Rußland beschaffen, davon legt eine Nachricht im Regierungsboten Zeugnis ab: Vier Zeitungen wurde die Aufnahme von Privat-Inseraten entzogen, einer der Einzelverkauf unterlag.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik trat am 29. November zusammen, um Auskunftspersonen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen zu vernehmen.

Die von der sächsischen Regierung geplante Aufhebung des Verbotes des Inverbindungtretens von Vereinen soll durch die konservativen „Volksvertreter“ dadurch bereinigt werden, daß sie minderjährige Personen und Frauen aus sozialistischen und anarchischen Versammlungen und Vereinen ausschließen wollen. Ferner soll der § 5 des Vereinsgesetzes, welcher der Polizei das Recht einräumt, Versammlungen, deren Zweck es ist, Gesetzesübertretungen oder unfittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, zu verbieten, noch verschärft werden. Es ist der Polizei schon jetzt der Nachweis nicht schwer gefallen, daß eine beilebige Versammlung „geneigt“ sei, Gesetzesübertretungen zu begehen. Dies will man ihr noch leichter machen, diese Befugnis wahrheitsgemäß auch auf Vereine ausdehnen. Wenn man Vereine und Versammlungen unmöglich macht, dann kann man natürlich leichten Herzens auch das Inverbindungtreten derselben aufheben. Wie lange wird noch rückwärts revidiert werden?

Der Reichstagsabgeordnete Rich. Köfide hat den Vorsitz im Verbands der Deutschen Berufsvereinigungen niedergelegt. Diese Amtsniederlegung dürfte, wie auch aus dem Abgabebriefe zu schließen ist, auf den Einfluß des Reichs v. Stumm zurückzuführen sein. Köfide vertritt die Interessen des Unternehmertums zu unabhängig.

Das bayerische Ministerium hat bestimmt, daß den im Tagelohn- und Arbeitsverhältnisse befindlichen Personen der Staatsbahn zum Zwecke der Anteilnahme an den Reichstags- und Landtagswahlen auch innerhalb der gewöhnlichen Arbeitsstunden, soweit die britisches Verhältnisse es gestatten, eine genügende Zeit freigegeben wird, ohne daß diese Zeit bei der Lohnberechnung in Abzug kommt.

Die sächsischen Eisenbahnarbeiter (unterzeichnet haben 8094) petitionieren beim Landtag um Herabsetzung der Arbeitszeit auf acht Stunden und Freigabe jeden dritten Sonntags, ferner soll der Anfangslohn von 2,30 auf 2,50 Mark pro Tag erhöht und der Höchsthohlohn (nach zehnjähriger Dienstzeit) 3,50 Mark betragen.

Für das Baugewerbe hat auch das Ministerium von Reuß j. V. Arbeiterausbestimmungen erlassen, die

Räume zum Aufenthalte während der Pausen und die Bedürfnisanstalten betr. Die Einhaltung derselben ist durch Ausnahme einer diesbezüglichen Bestimmung in den Bauerlaubnisschein sicher zu stellen. Baureisenden sollen möglichst häufig und thunlichst durch technische geschulte Personen vorgekommen und streng darüber gewacht werden, daß die Unfallverhütungsvorschriften genaue Beachtung finden.

Die Bäcker-Zinnung in Dresden hat ihre Zwangsbestimmung in Bezug auf die Innungs-Krankentafel zwar aufgegeben, aber sie verpflichtet nun ihre Angehörigen, nur solche Gehilfen einzustellen, welche einer freien Hilfskasse nicht angehören. Die Zinnung besteht also nach wie vor auf ihrem Scherz, über die Versicherung der Gehilfen nach eigenem Gutdünken zu entscheiden. Eine offenbare Umgehung des Gesetzes.

In Plauen i. V. haben sämtliche Ortskrankenkassen (fünf an Zahl) die Vereinigung beschlossen. Es soll danach ein Genesungsheim errichtet werden, wozu aus städtischen Mitteln eine Beihilfe zugesichert wurde. Auf der bei Homburg (Mehlpfalz) gelegenen Kohlengrube Frankenhof hat eine Explosion schlagender Wetter stattgefunden. 30 Bergleute wurden getötet, 40 verletzt; eine Anzahl wird noch vermisst.

Lohnbewegung. In der Brauerei von Hollmann in Barmer streiken die Arbeiter wegen Wahregelung zweier Kollegen. In der Kammergarnpinnerie Gausch bei Leipzig streiken 220 Arbeiter. Anlaß gab die Wahregelung mehrerer für die Organisation tätiger Arbeiter. Nun sind eine Reihe, den Arbeitslohn und die Arbeitszeit betreffende Forderungen aufgestellt worden. In Schönlanke in Bosen 7 Holzarbeiter der Firma Bag wegen Wahregelung des Verbandsbevollmächtigten. In Selb (Oberfranken) 37 Steinarbeiter der Firma Kettich wegen Lohnkürzung. In Stuttgart erzielten die Arbeiter des im Privatbesitz befindlichen städtischen Gaswerkes durch Androhung des Streiks die Erhöhung des Tagelohnes von 3,40 auf 4,20 Mk. In Ueberach bei Offenbach streiken 70 Arbeiterinnen der Haarschneiderei Bloch & Hirsch wegen Lohnhöherungen.

In der Konferenz der beiderseitigen Vertreter des englischen Maschinenbauergewerbes wurde nach dreitägiger Verhandlung über den ersten Punkt der Tagesordnung eine vorläufige Verständigung erzielt. Es wurde folgende Resolution mit der Einschränkung angenommen, daß über das Ganze, nachdem sich die beiderseitigen Vertreter über die das Prinzip erläuternden Einzelheiten verständigt, die Gewerkschaftsmitglieder per Abstimmung zu entscheiden haben. Die Resolution selbst lautet: „In dem die verbündeten Unternehmer jede Absicht, die angemessene Tätigkeit der Gewerkschaften zu schmälern, in Abrede stellen, sind sie entschlossen, keine Beeinträchtigung der Leistung ihrer Geschäfte zuzulassen und behalten sich das Recht vor, in jevelcher Verbandsversammlung, je nach Wahl des betreffenden Prinzipals, diejenigen Arbeitseinrichtungen einzuführen, unter denen irgend welche Mitglieder der hier vertretenen Gewerkschaften zu Anfang des Konfliktes in irgend welchen Verfassungen des Unternehmerverbandes gearbeitet haben. Es wird ferner zugestanden, daß die Diskussion und gegenseitige Vereinbarung von Einzelheiten, welche das obige allgemeine Prinzip erläutern, noch auf dieser Konferenz vorgenommen werden soll. Das Vorstehende soll in keiner Weise so ausgelegt werden, als ob es sich auf die normale Arbeitszeit oder die allgemeine Hebung oder Herabsetzung der Löhne bezieht.“ Die Arbeitervertreter hatten verlangt, daß die einzuflührenden Arbeitseinrichtungen zwischen Unternehmer und Gewerkschaft zu vereinbaren sind, ferner daß von Zeit zu Zeit in gemeinsamer Beratung und Vereinbarung mit den Unternehmern die allgemeinen Arbeitsbedingungen (Arbeitsdauer, Löhne und Akkordsätze) festzusetzen sind und ihnen das Recht der Einstellung der Arbeit bleibt, sobald irgend ein Unternehmer gegen die allgemein getroffene Vereinbarung verstößt. Es sind die weiteren Verhandlungen abzuwarten, ehe sich ein Urteil über die Konzeptionen, welche hier seitens der Arbeiter gemacht wurden, fällen läßt. Borscht scheint es sich für dieselben darum gehandelt zu haben, eine Basis zu finden, auf der sich weiter verhandeln läßt.

In England trifft die Vereinigte Gesellschaft der Eisenbahnangestellten die Vorbereitung zu einem allgemeinen Streik. Es gehören dieser Gesellschaft zur Zeit 93000 von etwa 200000 Angestellten überhaupt an. Der Streik würde sich auf ganz England, Wales und Schottland erstrecken. Zunächst soll eine Urabstimmung entscheiden, ob man gewillt ist, zu diesem äußersten Mittel zu greifen, um die Eisenbahngesellschaften zu einer besseren Regelung der Lage der Arbeiter zu veranlassen. — Auch die Baumwollspinner Englands dürften zum Mittel des Streiks greifen, um die geplante Kürzung der Arbeitslöhne zu vereiteln.

## Briefkasten.

Bözen J.: An Kollegen Eiser in Berlin. — H. W. in Nürnberg: 3.50 Mk. — E. R. in Charlottenburg: 0.90 Mk. — B. in Rastow: Ist weder durch Bezirks- noch durch Gausatzbeschluss, in die Praktik zu überlegen, sondern nur durch die Generalversammlung. Das sollte damit gesagt sein. — G. in Eberswalde: 1. Sie bekommen keine Kondition in tarifreuen Druckereien, wenn sie nicht nachweisen können, daß Sie Ihre tarifwidrige Kondition infolge Eintretens für den Tarif aufgegeben haben oder aufgeben mußten. 2. 12500. *Siehe eine Beilage.*